



Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit



Mehr Demokratie



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bündnis Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

C/O Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V.
Ludwig-Richter-Str. 19 | 16547 Birkenwerder

Birkenwerder, den 16. April 2008

Presseerklärung

Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion für ein Informationsfreiheitsgesetz Rheinland-Pfalz greift zu kurz

Zum Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion für ein Informationsfreiheitsgesetz Rheinland-Pfalz, der heute im Landtag debattiert wird, erklärt für das Bündnis Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz der Vorsitzende der Gesellschaft für Informationsfreiheit **Dr. Sven Berger**:

„Grundsätzlich begrüßen wir es sehr, dass auch Rheinland-Pfalz ein Informationsfreiheitsgesetz erhalten soll. Der vorliegende Gesetzentwurf greift jedoch zu kurz. Leider vergibt die Landesregierung damit ihre Chance, ein fortschrittliches und bürgerfreundliches Transparenzgesetz vorzulegen. Stattdessen orientiert sie sich ohne Not an dem unzureichenden Bundesgesetz, dessen Reformbedürftigkeit nach zwei Jahren Praxis längst feststeht.“

Der Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion lehnt sich eng an das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes an, das nur ein mittleres Transparenzniveau erreicht und durch eine große Zahl von Ausnahmegesetzen aufgeweicht wird. So wird z.B. der Informationszugang bei Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen privater Firmen komplett von deren Zustimmung abhängig gemacht, ohne Abwägungsmöglichkeit der Behörden, ob im Einzelfall das öffentliche Interesse an der In-

Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit e.V.

Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Berlin (VR 26688 B)

Durch vorläufige Bescheinigung des Finanzamtes Oranienburg vom 5.01.2007 (K3a 053/142/01754) als gemeinnützig im Sinne der §§ 51 ff AO anerkannt.

Dr. Sven Berger
Vorsitzender
Ludwig-Richter-Str. 19
16547 Birkenwerder
Tel.: (030) 227-53921
Fax: (03221) 1326 795
Mail: dgfi@arcor.de

Bankverbindung:
Berliner Volksbank
Kto-Nr. 74 1518 2001
BLZ: 100 900 00

formation überwiegt. Zwar weist die jetzige Vorlage bereits deutliche Verbesserungen gegenüber dem völlig unzureichenden Referentenentwurf vom Oktober 2007 auf. Aber die Verbesserungen bleiben auf halbem Wege stecken.

Mit dem Gesetz soll der voraussetzungslose Zugang zu amtlichen Informationen für jedermann in Rheinland-Pfalz geschaffen werden, wie er sich im Bund und in den Ländern Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Thüringen und dem Saarland bereits bewährt hat.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Vielzahl unterschiedlicher Informationszugangsregelungen für Rheinland-Pfalz erhöht und die Rechtsanwendung unnötig erschwert. So werden die Landesbehörden nach dem vorliegenden Gesetzentwurf zukünftig folgende Informationszugangsgesetze anzuwenden haben:

- Landesumweltinformationsgesetz,
- Verbraucherinformationsgesetz,
- Informationsfreiheitsgesetz Rheinland-Pfalz.

Derzeit gibt es in Deutschland 27 verschiedene Informationszugangsgesetze. Deshalb fordert Dr. Manfred Redelfs von der Journalistenorganisation Netzwerk Recherche:

"Der Vorstoß für mehr Transparenz ist überfällig. Aber das neue Informationsfreiheitsgesetz Rheinland-Pfalz sollte mit dem Umweltinformationsgesetz zusammengelegt werden. Das vereinfacht die Anwendung für die Bürger wie für die Behörden. Außerdem ist das Landesumweltinformationsgesetz fortschrittlicher, während der jetzt präsentierte IFG-Gesetzentwurf wie ein Auto wirkt, das nur mit angezogener Handbremse fährt."

Das Bündnis für Informationsfreiheit hat die Hoffnung, dass Rheinland-Pfalz ein modernes, unbürokratisches und bürgerfreundliches Informationsfreiheitsgesetz erhält und appelliert daher an die SPD-Landtagsfraktion, ihren Gesetzentwurf nochmals zu überarbeiten.

Ansprechpartner:

*Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V.: **Dr. Sven Berger***
Bei Rückfragen: Tel. 030/227 53921, Fax 030/227 56028

*Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.: **Gisela Schmoldt***
Bei Rückfragen: Tel. 06131/977575; Fax 06131/977597

*netzwerk recherche: **Dr. Manfred Redelfs***
Bei Rückfragen: Tel. 040/30618 356, Fax 040/3869 223

*Humanistische Union e.V.: **Dr. Till Müller-Heidelberg***
Bei Rückfragen: Tel. 06721/18 12 0

*Transparency International: **Dr. Heike Mayer***
Bei Rückfragen: Tel. 030/54 98 98 0

*Mehr Demokratie e.V.: **Roman Huber***
Bei Rückfragen: Tel.: 089/8211774

*ver.di Fachgruppe Medien Rheinland-Pfalz/Saar: **Annegret Kaiser***
Bei Rückfragen: Tel. 06131/97 26 -190, Fax -199